

Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933 - 1945

von Joachim Hennig

(Vortrag gehalten am 8. November 2001 vor der VHS in Koblenz)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zum heutigen Vortrag „Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933 - 1945“ und freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Sie sind Mitwirkende eines hier beginnenden Experiments. Ich möchte nämlich heute versuchen, in unserer Stadt Koblenz eine Tradition zu begründen. Es ist beabsichtigt, pro Semester zwei bis drei Einzelveranstaltungen zum Thema „Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933 - 1945“ anzubieten. Beginnen möchte ich heute mit einer allgemeinen Einführung. Daran anschließend möchte ich in lockerer Folge Biografien von Verfolgten und Widerständlern aus Koblenz und Umgebung vorstellen. Dies wird immer mit Dias geschehen und nach Möglichkeit von einem zum Thema passenden Film umrahmt werden. So werde ich am 17. Januar nächsten Jahres unter dem Titel „Warum heißt die Hoevelstraße eigentlich so?“ eine Biografie der Widerstandskämpfer André und Anneliese Hoevel vorstellen und zwei Wochen später den DEFA-Film „Nackt unter Wölfen“, eine Hommage an André Hoevel. Für das nächste Semester kann ich mir eine kleine Reihe vorstellen unter dem Sammelthema „Widerständler aus christlichem Glauben“. Porträtieren könnte man da den evangelischen Pfarrer Paul Schneider, einen Pater der Schönstatt-Bewegung und ein Familie von Zeugen Jehovas. Sie alle lebten in der Umgebung von Koblenz und waren hier in Koblenz u.a. in Gestapohaft. Wer meine Artikelserien in der Rhein-Zeitung kennt, weiß, dass viele unbekannte Opfer des Nationalsozialismus eine solche Würdigung erfahren könnten und sollten. Das alles ist aber noch Zukunftsmusik. Ob es dazu kommt, hängt wesentlich vom Gelingen dieses Abends ab. Man muss sehen, ob dieses Minderheitenthema überhaupt und auf eine gewisse Dauer die nötige Resonanz findet.

Viele von Ihnen kennen mich zumindest vom Namen her. Seit einigen Jahren bemühe ich mich um die Aufarbeitung unserer jüngsten Vergangenheit gerade hier in Koblenz und Umgebung. Ich bin kein Historiker und auch kein Archivar, ich bin „nur“ Jurist. Ich nehme aber keinem das Thema weg. In den vielen Jahren seither hat sich kein anderer umfänglich und systematisch dieses Themas angenommen.

Bei dieser Beschäftigung mit dieser Thematik geht es mir zum einen um das ehrende Gedenken an all diese aus politischen Gründen Verfolgten, Gequälten, Gemarterten, Umgekommenen und Ermordeten, die nicht nur gelitten sondern auch aus ihrem Glauben heraus, wegen ihrer politischen und gesellschaftlichen Anschauungen und um ihrer selbst wegen gekämpft haben. Und dabei geht es - so wichtig das auch ist - nicht allein um die Erinnerung und an das Gedenken an die Opfer. Nein, es geht zum anderen auch um uns selbst. Es geht um unsere Sicht der Dinge und unsere Handlungsmaximen heute. Ich erinnere an die Worte unseres früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede am 8. Mai 1985: „Es geht nicht darum, die Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Das heutige Datum, der 8. November, hat einen solchen Vergangenheitsbezug. Die historischen Ereignisse im November 1938, also vor 63 Jahren, sind bekannt:

1. Am Morgen des 7. November 1938 schoss Herschel Grynszpan, ein 17jähriger Jude, in Paris den deutschen Botschaftsangehörigen vom Rath nieder. Daraufhin zog der Goebbels, der Reichspropagandaminister, sofort alle Register seiner hoch entwickelten Propagandatechnik, um das willkommene Ereignis in seinem Sinne auszuschlachten.
2. Am 8. November schrieb der „Völkische Beobachter“ die offizielle reichsweite Parteizeitung der NSDAP, die Schüsse in der deutschen Botschaft in Paris würden den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten. Das Attentat von Paris sei eine „Herausforderung des Großdeutschen Reiches“, die nicht ungesühnt bleiben dürfe. Am Abend des 8. November begannen dann die ersten Ausschreitungen. Jüdische Geschäfte wurden demoliert und ausgeplündert, Schulhäuser und Synagogen angezündet und zerstört, jüdische Mitbürger misshandelt. Vorläufig waren es aber noch einzelne Aktionen örtlicher Parteiführer, die aus eigener Initiative die Bevölkerung aufzuputschen versuchten. Anweisungen der obersten Parteileitung lagen noch nicht vor.
3. Das eigentliche Massengewalt wurde erst am Abend des 9. November 1938 ausgelöst. An diesem Tage feierten die Nazis - wie alljährlich - im Münchner Hofbräuhaus die Erinnerung an den im Jahre 1923 kläglich gescheiterten Marsch auf die Feldherrnhalle. In diesem „Gebrau“, aber mit kühlem Verstand setzte Goebbels SA-Stoßtrupp und andere in Marsch, um die Juden in Deutschland mit hemmungsloser Brutalität zu verfolgen. Die Schlägertrupp zerstörten mit unglaublichem Vandalismus jüdische Geschäfte, Wohnungen, Schulen und Synagogen. Die Brutalität richtete sich auch gegen die Menschen selbst. Zu tausenden wurden Juden misshandelt und verprügelt; auch Vergewaltigungen, Raub und Mord kamen vor.
4. Am Abend des 10. November 1938 setzte sich die Gewaltwelle gegen Juden in anderen Städten fort bzw. wurde auch dort initiiert.

Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes Heydrich bezifferte in seinem Bericht vom 11. November 1938 an Göring die Zahl der Todesfälle und der Schwerverletzten mit jeweils 36 Menschen - tatsächlich war die Zahl natürlich höher. Nach diesem Bericht wurden schätzungsweise 7.500 jüdische Geschäfte zerstört und ausgeplündert. Etwa 250 Synagogen wurden angezündet oder demoliert, andere jüdische Gebäude wurden ebenfalls zerstört. fast 30.000 jüdische Männer wurden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Allein der Wert der zerschlagenen Fensterscheiben im ganzen Reich soll etwa 10 Millionen Reichsmark betragen haben. Den gesamten Schaden schätzte Heydrich auf mehrere hundert Millionen Reichsmark - eine für damalige Verhältnisse ungeheure Summe.

Diese Hetze, diese Brutalität und diesen Vandalismus gegen die Juden gab es nicht nur sonstwo, sondern auch in Koblenz. Hier dauerte es etwas länger, aber die Abläufe waren dieselben wie anderswo. Hier kam es zu so genannten Reichspogromnacht erst in den Morgenstunden des 10. November 1938. Die NS-Zeitung für den Bereich Koblenz-Trier, das Nationalblatt, feierte dies in ihrer Ausgabe vom 11. November. Unter der Überschrift „Volkszorn gegen das Judenpack - Spontane Kundgebungen im ganzen Reich als Folge der feigen Mordtat des Juden Grünspan“ heißt es auf der Titelseite u.a. etwas verhalten, da die Bevölkerung nicht wie erwartet mitgezogen hatte: „Auch in den Städten und Gemeinden des Westmarkgaaes Koblenz-Trier kam es vereinzelt zu Kundgebungen und Aktionen, in denen sich der Zorn des Volkes gegenüber den Rassegenossen des jüdischen Mordbuben Grünspan entlud. Bei aller gerechten Empörung, die unsere Volksgenossen angesichts der neuen Bluttat des internationalen Judentums erfüllen musste, verliefen die Aktionen jedoch in überaus disziplinierter Form, und keinem Angehörigen der jüdischen Ras-

se wurde auch nur ein Haar gekrümmt. Im Gegenteil, die Polizeiorgane sorgten dafür, dass die Juden durch Inschutzhaftnahme vor irgendwelchen, an sich verständlichen 'Selbsthilfemaßnahmen' bewahrt blieben, und so zeigte sich auch hier wieder einmal, dass selbst in solchen, die heiligsten Gefühle unseres Volkes verständlicherweise in Wallung bringenden Fragen die nationalsozialistischen Begriffe von Zucht und Ordnung die Oberhand behielten."

Um Ihnen einen weiteren Eindruck von der Propaganda jener Tage zu vermitteln, möchte ich Ihnen noch zwei Titelseiten des Koblenzer Nationalblattes aus jenen Tagen zeigen: Zum einen ist es das Nationalblatt vom 12./13. November und zum anderen das vom 14. November 1938. - Die anderen Presseorgane waren übrigens nicht viel besser. Die Presse damals war längst gleichgeschaltet.

Die Vorfälle vor 63 Jahren zeigen, dass die Stadt Koblenz damals keine ungewöhnliche Stadt war und die Bürger von Koblenz waren es auch nicht. Und diese Feststellung gilt nicht nur für die „Reichspogromnacht“. Koblenz war überhaupt während des Nationalsozialismus, also in der gesamten Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945, eine „normale“ Stadt. Koblenz war zwar „Gauhauptstadt“, Hauptstadt des NS-Gaues Koblenz-Trier (später: Gau Moselland), aber ansonsten eine Stadt wie jede andere auch, mit Opfern und mit Tätern, und natürlich auch mit vielen, viel zu vielen Zuschauern. Koblenz war während der NS-Zeit so „Durchschnitt“, so „normal“, dass man in Koblenz und bei den Koblenzern praktisch die vollständige Verfolgungsgeschichte und auch einen Teil der Geschichte des Widerstandes im „Dritten Reich“ wieder findet - sofern man nur lang und intensiv genug den Spuren der Täter und der Opfer nachgeht.

Die Verfolgung in Koblenz begann schon wenige Tage nach der sog. Machtergreifung am 30. Januar 1933 mit dem Erscheinungsverbot für Zeitungen, mit der Verhinderung von Demonstrationen und der Entfernung von Demokraten aus Schlüsselstellungen in den Verwaltungen. Eines der ersten Opfer war der Polizeipräsident von Koblenz, Dr. Ernst Biesten. Getreu seinem Wahlspruch „Tue recht und scheue niemand!“ war er seit Jahren ein entschiedener Gegner der Nazis gewesen. Was sie jahrelang nicht schafften, gelang den Nazis schon zwei Wochen nach der „Machtergreifung“. Sie setzten Biesten - und das mit großer Häme - als Polizeipräsident von Koblenz ab und sorgten dafür, dass er wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ während der ganzen Naziherrschaft kein öffentliches Amt mehr bekleiden konnte. Auch Rechtsanwalt durfte er nicht werden. Er überlebte aber die Diktatur, war Mitbegründer der CDU in Koblenz, einer der Väter rheinland-pfälzischer Verfassung und schließlich erster Präsident des Obergerichtes und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz.

Der Reichstagsbrand Ende Februar 1933 war dann für die Nazis der willkommene Anlass, mit den politischen Gegnern aus der sog. Kampfzeit abzurechnen und insbesondere unerbittlich Kommunisten, später auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu verfolgen. Zunächst nahmen die Nazis viele Kommunisten in sog. Schutzhaft. Festgehalten wurden sie vornehmlich in dem Koblenzer Stadtgefängnis in der Karmeliterstraße. Das steht heute nicht mehr. Es stand da, wo sich jetzt der rückwärtige Teil des BWB („Koblenzer Hof“) befindet und das Gedenkrelief für Pater Josef Kentenich angebracht ist.

Die so Inhaftierten wurden in einer SA-Kaserne verhört und misshandelt. Zu diesem Gebäude wissen wir bisher nicht mehr, als dass es in der Nähe des Schlosses stand. Auch wissen wir etwas über die Quälereien, die dort stattfanden.

Es folgten die ersten Drangsalierungen der Juden, indem man sie aus der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft sowie aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernte, ihre Geschäfte boykottierte und sie wegen vermeintlicher Straftaten stigmatisierte.

Mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbot der SPD setzte sich die Verfolgung des politischen Gegners fort. Die ersten Koblenzer kamen in die neu errichteten Konzentrationslager im Emsland. Dort in Esterwegen wurden sie u.a. von einem Koblenzer SS-Mann und späteren Leiter eines Konzentrationslagers gequält. Einer dieser „Schutzhäftlinge“ war der Koblenzer Kommunist und Buchhändler Richard Christ. Als ihn die Wähler der letzten halbwegs freien Kommunalwahlen im März 1933 in den Stadtrat wählten, saß er schon hier in Koblenz „Schutzhäft“ ein. Zunächst wurde er hier in Koblenz gequält. Um Ihnen einen Eindruck zu vermitteln, was sich schon 1933 in Koblenz abspielte, zitiere ich aus einer Zeugenvernehmung nach dem Krieg: „Nach 24stündiger menschenunwürdiger Behandlung kam der SS-Mann Emil Faust, traktierte uns mit dem Gummiknüppel, Fußtritten und sprang zuletzt wie eine Hyäne auf Richard Christ mit den Worten: 'Da ist er ja, der intellektuelle Vogel!' Er schlug stundenlang auf ihn ein. Ich selbst war Augenzeuge dabei und kann beides, dass er Christ mit dem Gummiknüppel nicht nur auf die Brillengläser mit der Absicht schlug, ihm das Augenlicht auszulöschen, sondern ihm auch fortgesetzt Nierenschläge versetzte ebenfalls mit dem Gummiknüppel, wie es nur fachkundige Sadisten in den Konzentrationslagern und in den SS-Höhlen taten, die es auf das Leben der Gefangenen abgesehen haben.“ Als bald wurde Christ mit 40 anderen Koblenzern ins Konzentrationslager Esterwegen ins Emsland verschleppt und dort weiter gequält. 1934 ließ man ihn frei, er floh nach Südfrankreich und starb dort noch im selben Jahr an den Folgen der erlittenen Misshandlungen.

Drangsaliert - wenn auch in deutlich geringerem Maße - wurden auch die Mitglieder der (katholischen) Zentrumspartei. Ihre Abgeordneten verloren ihre Mandate und waren Diffamierungen ausgesetzt. Mit Sparkassen- und Devisenverfahren wollte man sie kriminalisieren. Diese Strafprozesse endeten aber mit Freispruch. Der Name des früheren Reichstagsabgeordneten Eduard Verhülsdonk aus Neuwied, der ebenfalls in „Schutzhäft“ genommen dann aber freigesprochen wurde, steht für diese Opfergruppe.

Härter ging die Justiz mit den Kommunisten um. Anlass für Strafverfahren gegen sie waren etwa illegaler Waffenbesitz, die Herstellung oder Verteilung von Flugschriften der KPD, die Zahlung von Beiträgen an die inzwischen illegale Parteikasse o. ä. Solche Aktivitäten galten als Hochverrat und führten auch bei Koblenzern zu Strafverfahren. So wurden beispielsweise in einem Massenverfahren 21 Koblenzer Kommunisten wegen Verteilung von Flugschriften und Zeitungen sowie sonstiger Betätigung für die inzwischen illegale KPD mit bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Justiz ließ sich schon sehr früh und auch in anderen Bereichen für das Unrechtsregime missbrauchen. Dies geschah beispielsweise bereits ab 1934 in den Erbgesundheitsgerichten, die aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sog. Rassenhygiene betrieben. Auch das hier in Koblenz ansässige Erbgesundheitsgericht ordnete Zwangssterilisationen an. Allein 1934 waren es 530 und 1935 920 Anordnungen. Die allermeisten Unfruchtbarmachungen erfolgten zwangsweise. Viele wurden im Städtischen Krankenhaus Kemperhof durchgeführt.

Eine andere Form des Rassismus der Nazis war es, „fremde Rassen“ als genetisch „minder-

wertig“ zu stigmatisieren, wie es etwa durch die sog. Nürnberger Gesetze und ihre Folgerscheinungen geschah. In Verfolg dessen gab es hier in Koblenz Mitte 1935 die „Judenliste von Koblenz“, mit der unter Namensnennung im Einzelnen zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aufgerufen wurde. Nach dem „Blutschutzgesetz“, einem Nürnberger Gesetz, waren außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ verboten. Schon ein Kuss war versuchte „Rassenschande“. Der 57jährige Jude Max Kaufmann aus Koblenz wurde wegen eines solchen Kusses vom Landgericht Koblenz zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe büßte er vollständig ab und wurde als Jude alsbald „nach dem Osten“ deportiert.

Zentrum dieses sich immer mehr steigernden Terrors war die Leitstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo-Leitstelle) in der Straße „Im Vogelsang“. Das Gebäude existiert heute nicht mehr, wohl aber die Straße „Im Vogelsang“. Es ist eine kleine Straße neben dem heutigen Landeshauptarchiv und sie führt - heute wie früher - auf den Haupteingang des Gebäudes des Landgerichts. Erst um 1935 hatte die Gestapo das Gebäude bezogen. Es war viele Jahre lang von der Reichsbank genutzt worden. Als diese dann in die Neustadt am Schloss zog, in das Gebäude, in dem sich heute die Landeszentralbank befindet, wurde dieses alte Reichsbankgebäude frei. In dies zog wie gesagt die Gestapo. Sie können sich vorstellen, was sich dort jahrelang in den im Keller gelegenen Tresorräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgespielt hat. Dort war das „Hausgefängnis“ der Gestapo(leit)stelle Koblenz. Dorthin wurden Mitbürger gebracht, vor allem um sie zu verhören und dabei zu quälen und zu foltern.

Im katholischen Rheinland blieb es nicht aus, dass der politische Katholizismus, die katholische Kirche und der katholische niedere Klerus ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten gerieten. Die Nazis wollten letztlich die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und den Einfluss des Katholizismus zurückdrängen. Dabei rückten die katholischen Priester immer mehr in das Blickfeld. Auf ihrem Rücken trugen die Nazis - auch hier in Koblenz - ihren „Weltanschauungskampf“ gegen die katholische Kirche aus. Das sah dann beispielsweise so aus, dass schon die Nichtbeflaggung des Kirchturms Anlass für eine vorübergehende „Schutzhaft“ und/oder eine mehrmonatige Gefängnisstrafe war.

Auch evangelische Pfarrer blieben von den Nazis nicht verschont. Einer der bekanntesten ist der Dickenschieder Pfarrer Paul Schneider, der wiederholt in Koblenz in „Schutzhaft“ inhaftiert war. Teils hielt man ihn in dem bereits erwähnten Karmelitergefängnis fest, teils aber auch im Polizeigefängnis (heute Neubau der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz am Friedrich-Ebert-Ring). Aus diesem Polizeigefängnis heraus wurde Pfarrer Paul Schneider ins KZ Buchenwald deportiert. Wegen seines unbeugsamen Widerstehens aus christlicher Überzeugung erhielt er später den Ehrennamen „Prediger von Buchenwald“. Er ist wohl das erste Koblenzer Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das in einem Konzentrationslager umgebracht wurde.

Ähnlich aufrecht waren die Zeugen Jehovas bzw. die Ernsten Bibelforscher wie sie damals hießen. Zunächst überzog man sie wegen ihres Glaubens mit Strafverfahren und sperrte sie in Gefängnisse. Später nahm man einige von ihnen auch hier in Koblenz in „Schutzhaft“ und verschleppte sie in Konzentrationslager. Zwei von ihnen waren die Eheleute Michaelis aus Neuwied. Sie wurden vom Sondergericht Köln, das hier in Koblenz tagte, zu einem Jahr und vier Monaten bzw. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Fritz Michaelis kam nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nicht frei, sondern wurde hier in Koblenz in „Schutzhaft“ genommen und von hier aus ins KZ Dachau verschleppt. Etwa ein Jahr später kam er

dort um. Seine Frau Liesbeth zog nach der Entlassung aus der Haft nach Berlin. Auch dort blieb sie ihrem Glauben treu, schloss sich einer widerständigen Organisation an und versteckte fahnenflüchtige Glaubensbrüder. Als dies entdeckt wurde, nahm man sie in Haft und verurteilte sie wegen „Wehrkraftersetzung“ zu fünf Jahren Zuchthaus.

Das Jahr 1938 kündigte dann einen Wendepunkt der Verfolgung im Nationalsozialismus an. Der Vorbote dieses Wendepunktes war die sog. Reichspogromnacht vor nunmehr 63 Jahren. Sie und ihre Folgen machten den jüdischen Mitbürgern deutlich, daß für sie die bürgerlichen Rechte und Gesetze in einem totalen und existentiellen Sinne nicht mehr galten. In Koblenz wurden von Trupps der SA, SS und Gestapo 19 Geschäfte und 41 Wohnungen demoliert. Jüdische Mitbürger wurden misshandelt, die Synagoge wurde zerstört, der Friedhof geschändet und die Leichenhalle verwüstet. Die Gestapo verhaftete etwa 100 Männer und verschleppte sie ins Konzentrationslager Dachau. Dabei gab es durch Herzattacken zwei Todesopfer. Wohl alle kamen dann wieder frei, aber die jüdische Gemeinde und ihre Mitglieder - auch hier in Koblenz - waren in ihrem Lebensnerv schwer getroffen und letztlich als rechtlos aus der Gesellschaft ausgeschlossen.

Die endgültige Wende brachte der vom Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselte Zweite Weltkrieg. Auf diese Situation hatten die Nazis nicht nur längere Zeit militärisch und außenpolitisch hin gearbeitet, sondern sich auch innenpolitisch vorbereitet. Dazu hatten sie eine Kartei mit SPD-Parteifunktionären und mit Gewerkschaftern angelegt. Am 1. September 1939 verschleppten sie entsprechend dieser sog. A-Kartei-Aktion etwa 850 Personen in Konzentrationslager. Einer von ihnen war der Metternicher SPD-Funktionär Johann Dötsch. Er blieb fast sechs Jahr im KZ Sachsenhausen. Ende April 1945 kam Johann Dötsch von Sachsenhausen aus noch auf den Todessmarsch in Richtung Ostsee. Er überlebte, wurde Anfang Mai befreit, musste aber zunächst wegen seines Gesundheitszustandes, dann wegen der schlechten Verkehrsverbindungen noch monatelang in Mecklenburg bleiben. Nach seiner Rückkehr nach Koblenz war er Wiederbegründer der SPD in Koblenz und Präsidialdirektor in der Provinz Rheinland/ Hessen-Nassau. Kaum ein Jahr später starb er an den Folgen der im KZ erlittenen Misshandlungen.

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen schufen die Nazis die Grundlagen für die Verfolgung im künftigen Krieg, der dann Verfolgungen in einem ganz anderen Maße auslöste bzw. ermöglichte. Mit Kriegsbeginn holte man die in der Schublade verwahrten Gesetze und Verordnungen hervor und setzte sie in Kraft: die Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938, die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die Kriegswirtschafts-Verordnung vom 4. September 1939 und die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939. Allein schon die Wortwahl „Volksschädling“ macht deutlich, was damit bezweckt war: die „Schädlingsbekämpfung“, die Vernichtung von Menschen.

Diese Rechtsvorschriften lieferten die scheinlegale Grundlage für die Bestrafung u.a. von Eides- und Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und Saboteuren, und das bedeutete oft - wie es damals hieß - ihre „Ausmerze“. Auch Koblenzer bzw. Personen aus dem Umland wurden Opfer dieser Blutjustiz. Einer dieser Eides- und Kriegsdienstverweigerer war der Pallotiner-Pater Franz Reinisch. Er wurde wegen seiner Gewissensentscheidung, den Treueid als wehrpflichtiger Soldat auf Hitler persönlich nicht leisten zu können, vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neben diesem Reichskriegsgericht in Berlin gab es aber auch eine Militärgerichtsbarkeit „vor Ort“, die solche Handlungen mit drakonischen Strafen aburteilte. Hier in Koblenz residierte ebenfalls ein Militärgericht. Es hatte seinen Sitz im Coenenschen Haus in Ehrenbreitstein. Auch dies verhängte Todesurteile, nach einer groben Stichprobe wissen wir von mindestens 11 Todesurteilen.

Zur Aburteilung solcher Wehrdienstentziehungen waren auch die zivilen Gerichte zuständig. Solche Straftaten kamen aber nun nicht vor die „normalen“ zivilen Gerichte. Vielmehr hatten die Nazis schon frühzeitig Sondergerichte geschaffen. Ein solches Sondergericht war etwa der Volksgerichtshof in Berlin. Daneben gab es aber solche auch „vor Ort“. Sie hießen auch so - nämlich Sondergerichte - und waren bei den Landgerichten angesiedelt. Zunächst existierte beim Landgericht in Koblenz noch kein derartiges Sondergericht, es wurde dann aber im Jahre 1940 eingerichtet - wegen des starken Geschäftsanfalls wie es hieß. Von da ab spielte in diesem Bereich auch das Sondergericht Koblenz eine schlimme Rolle. Vom Sondergericht in Koblenz sind allein 15 Todesurteile bekannt.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges markierte in vielem eine schwerwiegende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eine weitere Radikalisierung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer. Damit änderten sich die Repressalien der Nazis reichsweit und in dem von ihnen angegriffenen und besetzten Europa, aber auch konkret hier in Koblenz. Es änderte sich nicht die Richtung der Verfolgung, wohl aber deren Schwere und die Zahl der Opfer. Waren bisher - bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges - die Toten die Ausnahme, so war es für die Zeit danach eher umgekehrt: Die Ausnahme waren die Überlebenden.

Auf den 1. September 1939 datierte auch der sog. Ermächtigungserlass Hitlers, der die pseudo-rechtliche Grundlage für den als „Euthanasie“ genannten Massenmord an mehreren hunderttausend Menschen bildete. Auch Koblenzer Mitbürger sind als „lebensunwertes Leben“ (Stichwort der Nazis: „unnütze Esser“) vernichtet worden. Die meisten von ihnen sind in der „Euthanasie“- Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg mit Kohlenmonoxyd ermordet und anschließend verbrannt worden. Das war für sie die letzte Station auf ihrem Leidensweg. Zuvor lebten sie in einer Heil- und Pflegeanstalt in der Umgebung, in Andernach oder in Scheuern. Von dort aus wurden sie ins Gas nach Hadamar geschickt. Bald darauf schaffte man weitere Kranke - es hatte durch die Transporte zuvor ja Platz gegeben - nach Andernach und nach Scheuern, die als so genannte Zwischenanstalten fungierten. Wenig später schickte man sie ebenfalls nach Hadamar in den Tod. U.a. aufgrund der mutigen Predigten des Bischofs von Münster, Graf von Galen, ließ Hitler diese Aktion einstellen. Gleichwohl kam es aber alsbald in einer zweiten Phase zu weiteren Tötungen, auch wiederum von Koblenzern in der Tötungsanstalt in Hadamar.

Mit dem Krieg verstärkte sich auch die Verfolgung der Sinti und Roma. Hatte man sie zunächst schikaniert, dann registriert und die in der Umgebung von Koblenz lebenden Sinti hier konzentriert, so wurden sie alsbald deportiert. Im Zusammenhang mit dem sog. Westfeldzug wurden im Mai 1940 zehn in Koblenz lebende Sinti-Familien (insgesamt 77 oder 78 Personen) aus ihren Wohnungen herausgeholt und gesammelt. Von dort aus transportierte man sie nach Köln und dann zusammen mit insgesamt 2.500 Sinti und Roma aus den westlichen und nordwestlichen Teilen des Reiches in das besetzte Polen, in das sog. Generalgouvernement. Um dort überhaupt überleben zu können, mussten sie - selbst 10-jährige Kinder - in Steinbrüchen u.ä. sehr hart arbeiten.

Im Zuge des „Westfeldzuges“ wurden die Nazis auch vieler politischer Gegner habhaft, die seit 1933 in das Ausland emigriert waren. Gerade aus Koblenz und Umgebung flohen einige, vor allem Juden, nach Holland. Andere, „Politische“ - es waren ganz überwiegend Kommunisten - suchten zunächst in dem Saargebiet, das einen Sonderstatus hatte, Zuflucht und flohen später weiter nach Frankreich. Teilweise nahmen sie sogar auf Seiten der Internationalen Brigaden am Spanischen Bürgerkrieg teil. Nach der Besetzung eines Teils von Frankreich wurden sie von den kollaborierenden Franzosen den Nazis ausgeliefert. Man verschleppte sie nach Deutschland und einige von ihnen saßen mehr oder minder lange in Gestapohaft in Koblenz. Ihnen machte man dann vor dem Volksgerichtshof in Berlin den Prozess. Manche von ihnen wie etwa der aus (Höhr-) Grenzhäusern stammende Kommunist und Spanienkämpfer Hermann Geisen wurde vom Volksgerichtshof wegen „Zersetzung der Wehrkraft, Hoch- und Landesverrats“ zum Tode verurteilt und im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nach wie vor wurden die katholischen Priester und Patres verfolgt. Eine größere Anzahl von ihnen - zwar nicht aus Koblenz selbst, wohl aber aus dessen näherer Umgebung - wurde allein wegen der Verteidigung ihres religiös-seelsorgerischen Bereichs, ihrer kulturellen Autonomie und ihrer ethischen Maximen schikaniert und festgenommen und dann in Koblenz in Gestapohaft gehalten. Besonders unerbittlich gingen die Nazis und ihre Helfer gegen die in Schönstatt bei Vallendar beheimatete Schönstatt-Bewegung vor. Mehrere Patres von ihnen saßen hier in Koblenz im Karmelitergefängnis in „Schutzhaft“. Einer von ihnen war der Pater Albert Eise. Er wurde anlässlich einer Tagung mit Studentinnen der Schönstatt-Bewegung im Barbara-Kloster in Koblenz Anfang August 1941 verhaftet, kam hier in „Schutzhaft“ und wurde dann von hier aus ins KZ Dachau verschleppt. In völliger Annahme seines Leidens starb er im Hungerjahr 1942 in Dachau an Hungerruhr. Nur wenige dieser Patres - wie der Gründer der Schönstatt-Bewegung Pater Josef Kentenich - überlebten diese - wie man es nannte - „Hölle ohne Gott“. Auch drei Marienschwestern von „Schönstatt“ - zum Teil nach vorheriger „Schutzhaft“ hier in Koblenz - im KZ, und zwar im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Eine von ihnen, Charlotte Holubars, kam dort um, die beiden anderen überlebten, eine von den beiden, Hedwig Birnbach, lebt noch heute in Schönstatt.

In Deutschland gab es auch in jenen Jahren trotz jahrelanger Verfolgung und Gleichschaltung durch die Nazis noch Widerstand oder widerständisches Verhalten. Obwohl die Kommunisten von Anfang an ganz massiv von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, gelang es ihnen, über die Jahre hinweg in traditioneller Form vielfältigen Widerstand zu leisten. In kleinen Zirkeln hielten sie Kontakt untereinander und bestärkten sich und andere in ihrer Gegnerschaft gegen den Hitler-Faschismus. Ein solcher Kreis von Vertrauten und Gleichgesinnten hatte sich um 1940 auch in Koblenz-Metternich gebildet. Kopf und Herz dieser Gruppe waren die Eheleute André und Anneliese Hoevel, nach denen die Hoevelstraße hier benannt ist - was aber nur wenige wissen. Sie stammten nicht aus Koblenz, sondern waren nach vielen Jahren der Verfolgung, die sie als Kommunisten zu erdulden hatten, nach Koblenz gekommen. Ihnen wurde zum Verhängnis, dass sie ausländische Sender gehört und sich über das Gehörte untereinander und mit Angehörigen der Wehrmacht ausgetauscht hatten. Darin sah man ein todeswürdiges Rundfunkverbrechen. Aufgrund eines Urteils wurden beide innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis von Frankfurt/Main-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet. Zu diesem Kreis um das Ehepaar Hoevel gehörte auch der in St. Sebastian geborene und in Metternich lebende Jakob Newinger.

Unterdessen verfolgte der Nationalsozialismus schon längst nicht mehr nur seine traditionellen Gegner. Als totale Weltanschauung und als totaler Staat ließ man in letzter Konsequenz keine autonomen Instanzen oder Organisationen neben sich zu. Deshalb duldete man im Bereich der Jugend auch keine autonomen Erziehungsträger und keine autonomen Gruppen und selbst kein nonkonformes Verhalten einzelner. Diesen Totalitätsanspruch setzten die Nazis auch im Bereich der Jugend immer mehr durch, indem man bald außer der Hitler-Jugend keine Jugendverbände mehr duldete. Die letzte traditionelle Jugendgruppe, die darunter zu leiden hatte, war die bündische Jugend. Eine solche gab es auch hier in Koblenz. Es war der „Graue Orden“, eine bündische Jungenschaft im Bereich der katholischen Kirche. Auch dessen Mitglieder waren „Schutzhaft“ und Verfolgung ausgesetzt. Sie hatten hier in Koblenz übrigens Kontakte zu dem seinerzeit in Bonn studierenden Willi Graf, der später als Mitglied der „Weißen Rose“ hingerichtet wurde. Das ist übrigens der Grund dafür, dass die Grundschule in Koblenz-Neuendorf den Namen „Willi-Graf-Schule“ trägt.

Die Verfolgung der Juden endete im Völkermord. Seit der sog. Reichspogromnacht hatte sich ihre Lage weiter zugespitzt. In den folgenden Wochen und Monaten ging ein Hagel diskriminierender Verordnungen auf sie nieder. Ein Symbol war der gelbe Stern. Er signalisierte den bevorstehenden Beginn der Deportation. Die Juden waren auch in Koblenz und dessen Umgebung die mit Abstand größte Opfergruppe. Wie keine andere Gruppe wurde für sie die geradezu fabrikmäßige Vernichtung in den KZs des Ostens angeordnet und ganz konsequent durchgeführt. Nachdem im Sommer oder Herbst 1941 die Vernichtung der in deutschen Einflussgebiet lebenden Juden beschlossen und im Januar 1942 auf der sog. Wannsee-Konferenz der verwaltungsmäßige Ablauf des Völkermords koordiniert worden war, setzten ab März 1942 auch die Deportationen der in Koblenz und Umgebung noch lebenden Juden ein.

Der erste Transport, der mit Waggons vom Güterbahnhof in Lützel aus erfolgte, fand am 22. März 1942 statt. Im Frühjahr nächsten Jahres jährt sich diese erste Deportation von Juden aus Koblenz und Umgebung zum 60. Mal. Mit dem Transport wurden 338 Juden aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz in das Ghetto des polnischen Dorfes Izbica bei Lublin deportiert. Die Verhältnisse dort waren in jeder Hinsicht katastrophal. Notdürftig Platz gab es da auch nur, nachdem dort zuvor eingepferchte polnische Juden in die nahe gelegenen Vernichtungslager Belzec und Sobibor verschleppt und dort ermordet worden waren. Das gleiche Schicksal war auch den Juden aus Koblenz bestimmt und im Herbst oder Winter 1942 kamen alle von ihnen im Rahmen der sog. Aktion Reinhard, benannt nach dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, wohl im Vernichtungslager Sobibor um. In der Folgezeit gab es noch sechs weitere Deportationen von Koblenz aus mit zum Teil unterschiedlichen Zielen, darunter auch Auschwitz.

Damit wurden wesentliche Teile der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet. Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler u.a. mit ihren Familien wurden Opfer dieses Rassenwahns. Zwei von ihnen waren die Rechtsanwälte Dr. Josef Treidel und Dr. Arthur Salomon. Beide waren Soldaten im I. Weltkrieg und dekorierte Frontkämpfer und danach in Koblenz sehr angesehene Rechtsanwälte. Von Beginn der Nazi-Herrschaft an wurden sie als Juden boykottiert, durften aber, da sie Frontkämpfer waren, wenigstens weiter praktizieren. Noch vor dem Pogrom 1938 traf auch sie das Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte. Sie waren nur noch „Rechtskonsultanten“ und durften ausschließlich die noch verbliebenen Juden vertreten. In der sog. Reichspogromnacht wurde Dr. Treidel von SA-Trupps misshandelt, Dr. Salomon kam ins KZ Dachau. Erst kurz vor Weihnachten wurde

er wieder entlassen. Dr. Salomon wurde zusammen mit seiner Familie am 22. März 1942 ins Durchgangsghetto Izbica bei Lublin verschleppt, Dr. Treidel kam ein Jahr später zusammen mit seiner Frau nach Theresienstadt. Alle Verfolgten verloren schon durch die bloße - wie es hieß - „Auswanderung“ ihre deutsche Staatsangehörigkeit. In den Konzentrationslagern kamen mindestens 576 jüdische Mitbürger aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz um - darunter auch die beiden Rechtsanwälte Treidel und Salomon, nur 24 Personen überlebten. Fast zeitgleich mit ihrer Deportation in die Vernichtungslager war bestimmt worden, dass nach dem Tod eines Juden sein Vermögen dem Deutschen Reich fiel. Verantwortlich für diese Deportationen war die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Koblenz.

Ein ähnliches Schicksal wie die Juden hatten die Sinti zu erleiden. Der massenhafte Mord an ihnen begann mit Himmlers Auschwitz-Erlass vom 16. Dezember 1942, mit dem etwa 22.000 Sinti und Roma aus ganz Europa in den als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die erste Deportation der Sinti aus Koblenz in dieses „Zigeunerlager“ fand am 10. März 1943 statt. Betroffen hiervon waren etwa 150 Personen, 40 Männer, 44 Frauen und 65 Kinder. Es waren „Zigeunermischlinge“ wie sie die Nazis nannten, die am Morgen mit drei Waggons vom Koblenzer Hauptbahnhof aus nach Auschwitz verschleppt wurden. In der Folgezeit hat es mindestens noch eine weitere Deportation von Sinti aus Koblenz gegeben. Diese fand Ende April 1944 statt und hatte ebenfalls das „Zigeunerlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau zum Ziel. Diese Deportationen wurden von der Kriminalpolizei hier in Koblenz mitorganisiert und durchgeführt. Wie bei den Juden gab es auch unter den Sinti und Roma in Auschwitz „Selektionen“. Die Arbeitsfähigen wurden in andere KZs verschleppt, die übrigen Anfang August 1944 „liquidiert“. Allein in Auschwitz wurden 26 Sinti aus Koblenz ermordet.

Mit fortschreitendem Weltkrieg kamen immer mehr ausländische Staatsangehörige ins Deutsche Reich und auch nach Koblenz. Sie waren für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft dringend nötig, denn es standen damals sehr viele Männer als Soldaten im Krieg und zudem wurden in der Rüstungsindustrie und Landwirtschaft viele Arbeitskräfte gebraucht. Diese Ausländer waren entweder Kriegsgefangene oder - wie man sie im Unterschied hiervon verharmlosend nannte - „Zivilarbeiter“. In Koblenz gab es zeitweise 1.265 Fremdarbeiter, vor allem Russen und Polen. Beispielsweise in Moselweiß und in Lützel existierten „Ostarbeiterlager“. Die Zwangsarbeiter waren bei öffentlichen Betrieben und bei Privatfirmen beschäftigt und kehrten vielfach nach der Arbeit in die Sammelunterkunft zurück. Für die Polen, die schon ab Ende 1939 als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, galt ein strafrechtliches Sonderrecht, die Polenstrafrechtsverordnung. Verstöße hiergegen wurden vor dem Sondergericht angeklagt. Am schlechtesten ging es den Sowjets. Sie waren für die Nazis „Untermenschen“, mussten das Abzeichen „Ost“ für Ostarbeiter tragen, waren fast ausschließlich in Sammellagern - mit Stacheldraht herum - untergebracht. Ihre Lebenssituation war generell gekennzeichnet durch schlechte Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Misshandlungen. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Schwangerschaften waren unerwünscht. Allein im Städtischen Krankenhaus Kemperhof wurde bei mehreren hundert Polinnen und Ostarbeiterinnen die Leibesfrucht abgetrieben. Kam es gleichwohl zur Geburt eines Kindes, so hatte es angesichts der gesamten Umstände kaum eine Lebenschance und wurde der Mutter auch weggenommen, damit diese sofort wieder Zwangsarbeit leisten konnte. Bei Arbeitsverweigerungen und „Unbotmäßigkeit“ kamen sie vorübergehend in Gestapohaft. Auf dem Koblenzer Hauptfriedhof sind aus jenen Jahren 630 Sowjetbürger, 57 Polen und andere ausländische Staatsangehörige beerdigt.

Bisher wurde immer von Verfolgungssituationen und von widerständigem Verhalten von Personen berichtet, die Mitglieder von Gruppen waren - und die deshalb widerständig und/oder Opfer von Verfolgung wurden. Der Betreffende wurde verfolgt, weil er Kommunist, Zeuge Jehovas, katholischer Priester, Sinti, Jude, Zwangsarbeiter o.ä. war. Auf der Höhe des Terrors wurde potentiell jedes nonkonforme Verhalten, ja jede abweichende, „defätistische“ Meinungsäußerung zum Verbrechen. Damit erreichte die Verfolgung eine ganz neue Dimension: Es kam tendenziell zur Verfolgung des Volkes.

Pastor Martin Niemöller, einer der aktivsten Köpfe der Bekennenden Kirche und langjähriger Verfolgter der Nazis, hat diese Entwicklung und die Unfähigkeit, dagegen wirksam protestieren zu wollen und später zu können, einmal in die treffenden Worte gekleidet:

**Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.**

**Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.**

**Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.**

**Als sie mich holten, gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.**

In den Augen der Nazis und ihrer juristischen Helfer war inzwischen schon die harmlose Meinungsäußerung, wie das Zweifeln am „Endsieg“, straf- und sogar todeswürdig. Auch bei Koblenzern führten solche „defätistischen“ Äußerungen teilweise zur Todesstrafe oder zu langjährigen Gefängnisstrafen bzw. zur „Schutzhaft“ in Koblenz mit anschließender Deportation in ein KZ und alsbaldigem Tod. In „Schutzhaft“ saßen die Opfer dabei im Allgemeinen im Städtischen Gefängnis in der Karmeliterstraße, im Karmelitergefängnis.

Ein solches Opfer des Terrors, und zwar des Terrors in Gestalt der Justiz, war der Koblenzer Medizinalrat Dr. Paul Kolf. Er wurde vom Volksgerichtshof in Berlin unter dem Vorsitz von Roland Freisler, dem „Mörder in roter Robe“ wie er heute genannt wird, wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt. Er hatte auf der Straße zu einem Nachbarn gesagt, in Deutschland könne es kommen wie in Italien nach dem Sturz des Diktators Mussolini; Italien falle von Deutschland ab und Deutschland könne sich dann auch nicht mehr halten, dann werde das Militär die Sache in die Hand nehmen. Diese Äußerung wurde mit dem Tode bestraft. Nach zahlreichen Gnadengesuchen und weil diese sog. Rechtsprechung selbst nach nationalsozialistischen Maßstäben fragwürdig war, wurde das Todesurteil in eine achtjährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Diese verbüßte Dr. Kolf während des Krieges. Kolf erlebte noch die Befreiung vom Hitler-Faschismus, starb dann aber kurz danach.

Als Lichtblick in jener ganz dunklen Zeit, als moralische Instanz und als Funken Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab es den Attentatsversuch am 20. Juli 1944. Ein unmittelbarer Bezug zwischen jenem Widerstand und Koblenz lässt sich nicht herstellen. Aber immerhin sei so viel gesagt: Die in Boppard geborene Maria Terwiel, eine Juristin, war Mitglied der Widerstandsgruppe der sog. Roten Kapelle und wurde ebenso hingerichtet wie der in Bad Ems geborene und zum Kreisauer Kreis gehörende Sozialist und Reformpädagoge Adolf Reichwein. Aus Koblenz selbst stammte der katholische Priester und Armeepfarrer a.D. Friedrich Erleben. Als profiliertes Mitglied des sog. Solf-Kreises entging er einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof und dem mutmaßlichen Tod nur knapp. Nach dem

Krieg kehrte er in eine Pfarrei an der Untermosel zurück.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler setzte eine ungeheuer große und massive Verfolgung der daran Beteiligten ein. Dabei machten die Nazis und ihre Helfer nicht einmal vor deren Familienangehörigen, also Frauen und Kindern, und selbst nicht vor einer Schwägerin eines Prinzen von Hohenzollern halt. Diese war mit dem Artilleriegeneral Fritz Lindemann verheiratet und lebte während des Krieges bei ihrer Schwester auf Burg Name-dy bei Andernach. Frau Lindemann war als sog. Sippenhäftling längere Zeit in Gestapohaft in dem Karmelitergefängnis in Koblenz, ehe sie dann über viele Stationen fast durch das ganze damalige Deutsche Reich gehetzt und schließlich in Tirol befreit wurde.

Zur gleichen Zeit war im Rahmen der sog. Aktion Gewitter auch die frühere Zentrumsabgeordnete Helene Rothländer in Koblenzer Gestapohaft. Grund hierfür war allein der Umstand, dass sie vor der Nazi-Herrschaft Stadtverordnete in Koblenz und Mitglied des Preußischen Landtages war. Durch die Umstände gegen Ende des Krieges blieb ihr aber das Schlimmste erspart. Der weitgehenden Zerstörung des Gefängnisses infolge der alliierten Luftangriffe und der Hilfe einer wohlwollenden Aufseherin hatte sie es zu verdanken, dass sie nicht wie andere in ein Konzentrationslager verschleppt, sondern alsbald aus der Gestapohaft im Koblenzer Karmelitergefängnis freigelassen wurde. Nach dem Krieg knüpfte Frau Rothländer übrigens an ihre politische Tätigkeit vor 1933 an. Als Mitglied der neu gegründeten CDU war sie im jungen Rheinland-Pfalz an verantwortlicher Stelle wieder tätig.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich zwar nicht am Ende und auch nicht fertig, aber ich höre hier mit dem Vortrag auf. Vieles konnte ich nur verkürzt darstellen, manches gar nicht. Ich möchte schließen mit den Worten unseres früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985, mit der er seine Hoffnung für die Zukunft zum Ausdruck brachte: „ Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hineingewachsen. Die Jungen sind nicht mehr verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird... Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu Menschen fähig sind. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden. Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit - für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.“